



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

Das Stimmvolk soll den Sprachenstreit klären

Stojanovic, Nenad

Abstract: Ein Referendum gegen die Einmischung des Bundes in die kantonale Autonomie würde die Schweiz spalten. Die Befürworter der Landessprachen dürften die Abstimmung aber locker gewinnen.

Other titles: Das Volk soll den Sprachenstreit klären

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-104874>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Stojanovic, Nenad. Das Stimmvolk soll den Sprachenstreit klären. In: Neue Zürcher Zeitung, 223, 26 September 2014, 21.

Das Stimmvolk soll den Sprachenstreit klären

Ein Referendum gegen die Einmischung des Bundes in die kantonale Autonomie würde die Schweiz spalten. Die Befürworter der Landessprachen dürften die Abstimmung aber locker gewinnen. Von Nenad Stojanović

Noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war in der Südschweiz die Sorge in Bezug auf die Errichtung privater deutschsprachiger Schulen sehr gross. Heute gibt es keine solche Schule im Tessin mehr. Denn das Bundesgericht hat in der Regel für eine strikte Anwendung des Territorialprinzips zugunsten der Sprachminderheiten entschieden. Das ging so weit, dass das oberste Schweizer Gericht 2012 die Entscheidung der Tessiner Behörden bestätigte, welche einer italienischsprachigen Familie untersagten, ihre Tochter in eine private englischsprachige Schule zu schicken. Gemäss dem Bundesgericht steht die «Verteidigung der Italianità» klar im öffentlichen Interesse und überwiegt so private Präferenzen. Das Bundesgericht räumt zwar ein, dass die englische Sprache die Italianità des Tessins nicht gefährde. Es unterstreicht aber «die Notwendigkeit, die «Sprachüberfremdung einzudämmen» und «die offizielle Sprache des Gebiets gegenüber allen Fremdsprachen zu schützen».

Das Bündner Sprachengesetz als Beispiel

In der Schweiz haben es die sehr weitgehende kantonale Autonomie und die strikte Anwendung des Territorialprinzips ermöglicht, dass es nicht zu einer Germanisierung der französischen und italienischen Schweiz gekommen ist. Ohne diese Autonomie wäre die Geschichte anders verlaufen, wie der ständige Rückzug des Rätoromanischen zugunsten der deutschen Sprache in Graubünden beweist, wo es zu keiner konsequenten Anwendung des Territorialprinzips kam. Es ist denn auch eine Ironie der Geschichte, dass in den letzten Wochen ausgerechnet ein Angriff auf die kantonale Autonomie vorgeschlagen wurde, um die Minderheitssprachen zu verteidigen. Die Entscheidung des Kantons Thurgau, den (obligatorischen) Französischunterricht in der Primarschule abzuschaffen, hat nämlich gezeigt, dass die kantonale Autonomie nicht immer zum Vorteil der Minderheiten ist. Immer mehr Stimmen verlangen vom Bund, sich in die kantonalen Unterrichtsprogramme einzumischen, wie es der neue Bildungsartikel der Bundesverfassung erlaubt. Konkret könnte dies über eine Revision des Sprachengesetzes gelingen. Eine solche Reform untersteht aber dem fakultativen Referendum. Welches Lager würde eine solche Abstimmung gewinnen? Würde sie eine emotionale Debatte über Sprache und Identität auslösen oder sogar einen «Krieg der Sprachen»?

Auf Bundesebene gab es bis heute nur wenige Abstimmungen, die direkt mit der Sprachpolitik zu tun hatten. Der eher symbolischen Anerkennung des Rätoromanischen als «Landessprache» im Jahre 1938 haben 92 Prozent der Stimmenden und alle Kantone zugestimmt. 1996 wurde eine Revision des Sprachenartikels in der Bundesverfassung angenommen, wonach der Bund u. a. Massnahmen

der Kantone Graubünden und Tessin «zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und der italienischen Sprache» unterstützt. Auch in diesem Fall war die Zustimmung hoch (76 Prozent). Interessanterweise fand die Vorlage ausgerechnet in Graubünden eine relativ hohe Ablehnung (32 Prozent), und zwar vor allem in deutschsprachigen Gemeinden. Noch bedeutender ist das Beispiel des Bündner Sprachengesetzes, dessen Ziel hauptsächlich der Erhalt der rätoromanischen Sprache in ihren traditionellen Gebieten und in der Verwaltung ist. Obwohl das Gesetz 2006 einstimmig im Kantonsparlament angenommen wurde, stimmten in der Referendumsabstimmung von 2007 nur 54 Prozent dem Gesetz zu. Die Akzeptanz war erwartungsgemäss hoch in den italienisch- und rätoromanischen Gemeinden, in sämtlichen deutschsprachigen Gemeinden waren aber die Nein-Stimmen in der Mehrheit. Dass das Gesetz trotzdem angenommen wurde, ist nur der Tatsache zu verdanken, dass eine starke Minderheit der Deutschbündner dem Gesetz zugestimmt hatte.

Diese Beispiele erlauben es, eine Prognose für eine allfällige Abstimmung auf Bundesebene zu wagen. Aufgrund der bisherigen Parolen ist davon auszugehen, dass die grosse Mehrheit der lateinischen Schweiz dem obligatorischen Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule zustimmen würde. Die Deutschschweiz wäre in zwei etwa gleich grosse Lager gespalten: Parteipolitisch werden sich die SP, die Grünen und wohl auch Teile der CVP und der FDP für die Landessprachen in der Primarschule aussprechen, regional dürfte v. a. die Bevölkerung in denjenigen Kantonen, wo schon heute Französisch vor dem Englischen in der Primarschule unterrichtet wird, zustimmen (Bern, beide Basel, Solothurn, deutschsprachige Gebiete im Wallis und in Freiburg). Die Akzeptanz sollte auch in urbanen Zentren der übrigen Deutschschweiz über dem Durchschnitt liegen. Insgesamt ist von einer klaren Annahme der Revision auszugehen. Nur wenn mehr als 60 Prozent der Deutschschweizer sie ablehnen, fände die Reform national keine Mehrheit.

Das Paradox der direkten Demokratie

In der direkten Demokratie besteht stets die Gefahr, dass Minderheiten überstimmt werden. Es ist aber ein glückliches Paradox der Schweizer Erfahrung mit den Volksrechten, dass die Sprachminderheiten (im Unterschied zu religiösen Minderheiten) kaum unter direktdemokratischen Entscheidungen gelitten haben – diese haben umgekehrt den gemeinsamen schweizerischen Demos geformt und den nationalen Zusammenhalt gestärkt. Auch vor einer nationalen Abstimmung über den Sprachenstreit sollte man deshalb keine Angst haben, anders als die Waadtländer Bildungsdirektorin

Anne-Catherine Lyon, die vor einer «Zerreissprobe» warnt. Im Gegenteil: Eine Abstimmung würde erlauben, eine echte nationale Debatte über Vor- und Nachteile der Mehrsprachigkeit, ja über die Identität des Landes zu führen. Wenn die Befürworter der Landessprachen in der Primarschule die Abstimmung klar gewinnen, wäre dies ein starkes Bekenntnis für eine mehrsprachige Schweiz.

.....
Nenad Stojanović ist Senior Research Fellow am Zentrum für Demokratie Aarau und Lehrbeauftragter an den Universitäten Genf, Lausanne und Zürich.